

06.12.2022

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/1906

Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Erhöhung des Baransatzes

HH 2023

Ansatz lt. HH 2022

von	3.001.000 Euro	3.001.000 Euro
um	200.000 Euro	
auf	3.201.000 Euro	

Begründung:

Mit Blick auf den zunehmenden „Demokratiefrost“ in der Bevölkerung sowie der Verbreitung von Falschnachrichten und Verschwörungsmmythen muss die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung mehr Unterstützung finden. Eine Stagnation oder gar Kürzung der Mittel in diesem Bereich setzt in der heutigen Zeit samt ihrer Digitalisierung sowie der Komplexität des Phänomens „Verschwörungstheorien“ ein fatales Zeichen und schwächt den Rechtsstaat in Gänze. Hier müssen Mittel erhöht werden, um die Resilienz der Bevölkerung dahingehend zu fördern und damit unseren Rechtsstaat in Gänze zu stärken. Insbesondere wird dieses Phänomen durch den vorhandenen Rechtsextremismus gefördert. Die Landesregierung sieht die größte Gefahr im Rechtsextremismus. Daher müssen auch die Mittel hierfür bereitgestellt werden.

Henning Höne
Marcel Hafke

und Fraktion